



Bezirksausschuss des 3. Stadtbezirkes Maxvorstadt
Unterausschuss Soziales und Bildung

München, 29.12.2016

Zwischennutzung auf dem Gelände Karlstraße 77-79

Anfrage des Unterausschusses für Soziales und Bildung im Bezirksausschuss 3 Maxvorstadt

Der Bezirksausschuss Maxvorstadt bittet die LH München, die weiteren Planungen für das Gelände Karlstraße 77-79 darzulegen. Die ehemalige Flüchtlingsunterkunft steht zurzeit leer. Der BA 3 bittet um die Beantwortung folgenden Fragen:

1. Wie lange hat die LH München das Gelände angemietet?
2. Ist geplant, die Unterkunft wieder zu reaktivieren? Aus der Presse kann entnommen werden, dass einige tausend Plätze neu ausgewiesen werden müssen, da z. B. die Unterkunft in der Bayernkaserne geschlossen wird (s. Süddeutsche vom 21.12.2016).
3. Ist eine andere Nutzung geplant, wie z. B. für das Kälteschutzprogramm für Obdachlose, welches ja auch in der Bayernkaserne geschlossen werden soll?

Hintergrund dieser Anfrage ist die Unterrichtung zu der Sitzungsvorlage Nr. 14-20 / V 06710, in der der BA 3 über weitere Schritte zur Aufrechterhaltung des Projektes MIKADO in der InitiativGruppe e.V. informiert wurde.

Falls nun noch keine weitere Planung für das Gelände vorliegt, schlägt der BA 3 vor, dass das Gelände oder ein Teil davon reserviert wird für die InitiativGruppe e.V., im speziellen für das Projekt MIKADO. Der noch bestehende Mietvertrag in der Karlstr. 44 kann der InitiativGruppe laut Sitzungsvorlage mit dreimonatiger Frist jederzeit gekündigt werden. Damit ist der Verein gefährdet jederzeit ausziehen zu müssen. Betroffen ist hier hauptsächlich das angesprochene Projekt MIKADO, welches wertvolle kulturelle Aktivitäten für Jugendliche bietet und wöchentlich von ca. 300-400 Teilnehmerinnen und Teilnehmern besucht wird.

Für den Fall der Kündigung des Mietvertrages könnten somit kurzfristig die Räumlichkeiten im Gebiet Karlstr. 77-79 zur Verfügung gestellt werden, bis die endgültigen Räume zur Verfügung stehen (laut Sitzungsvorlage voraussichtlich 2018).

Diese Vorgehensweise hätte zudem den Vorteil, dass die geplanten zusätzlichen Mietkosten von EUR 50.000 nicht abgerufen werden müssen, da das angesprochene Gebiet bereits angemietet ist.

Felix Lang, Vorsitzender des Unterausschusses Soziales und Bildung

Valentin Auer, Kinder- und Jugendbeauftragter